
ENDE MIT SCHRECKEN

Rezension von: Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Verlag Styria, Graz, Wien, Köln 1993, 719 Seiten, öS 690,-.

Nach siebenjähriger Arbeit, während der er die bisherige Quellengrundlage vor allem in osteuropäischen Archiven erheblich erweiterte, legte Rauchensteiner, Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, sein großes Werk über den Untergang der Doppelmonarchie im Ersten Weltkrieg vor. Im Vordergrund der Darstellung stehen die außen- und innenpolitischen sowie die militärgeschichtlichen Aspekte, auch der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wird einiger Raum zugestanden. Themen wie Kriegspropaganda, Massenmedien, Verarbeiten des Geschehens in der zeitgenössischen Kunst etc. kommen hingegen nicht vor. Von einer historischen Gesamtschau kann somit nicht gesprochen werden.

Eine weitere Einschränkung betrifft die Behandlung der beiden Reichsteile. Bei der Darstellung und der Analyse der innenpolitischen Entwicklungen liegt der Schwerpunkt eindeutig auf der österreichischen Reichshälfte, während Ungarn nur am Rande behandelt wird. Wer somit den Titel des Buches ernst nimmt und eine ausführliche Darlegung und Würdigung der ungarischen Innenpolitik erwartet, erlebt eine Enttäuschung.

Eingehend befaßt sich Rauchensteiner mit der Juli-Krise 1914 und der Kriegsschuldfrage. Mit vielen neuen Einzelheiten bestätigt er, was Fritz Fischer (1) und andere Historiker in den vergangenen Jahrzehnten ermit-

telten: In Wien gewannen nach dem Attentat vom 28. Juni die Befürworter einer militärischen Lösung des Problems Serbien rasch die Oberhand. „Der Krieg wurde herbeigeführt. Mehr noch: Er wurde entfesselt. Und Österreich-Ungarn war es, das die Fesseln löste. Das Deutsche Reich aber führte ihm immer dann die Hand, wenn diese zitterig zu werden drohte. Es trug aber auch Rußland sein gerütteltes Maß zur Entfesselung bei, und auch alle anderen Staaten setzten Handlungen oder unterließen solche, die dann nachträglich zur Feststellung führten: Hätte!“ (S. 67)

Die deutsche Rolle in der Juli-Krise bestand zunächst darin, Österreich-Ungarn Rückendeckung für den ins Auge gefaßten militärischen Schlag zu geben: Kaiser Wilhelm und Reichskanzler Bethmann Hollweg stellten mit dieser Zusage den sog. „Blankoscheck“ aus. In der Folge handelten die Entscheidungsträger in Wien stets im Bewußtsein desselben. Der Unterschied zwischen Wien und Berlin war, daß die politische und die militärstrategische Sicht in Wien weitestgehend auf das Problem Serbien beschränkt blieb – eine allerdings völlig unrealistische Sicht, wie sich rasch herausstellen sollte. Was die österreichisch-ungarischen Verantwortlichen führen wollten, war ein isolierter „Dritter Balkankrieg.“ In „Berlin hingegen wurde über den großen Krieg nachgedacht“ (S. 72), dort war man durchaus bereit, das Risiko eines europäischen Krieges einzugehen.

Die operative Planung des deutschen Generalstabs ließ der eigenen Außenpolitik keinen Spielraum: Im Falle eines Krieges mit Rußland, welches Serbien gegen die österreichisch-ungarische Drohung unterstützte, sollte gemäß Schlieffen-Plan zuerst Frankreich mit Macht – durch das neutrale Belgien – angegriffen und gegenüber Rußland nur hinhaltend gekämpft werden. Infolgedessen bekam die Entwicklung eine Eigendyna-

mik und geriet schließlich vollends außer Kontrolle.

Die mit schweren Verlusten verbundenen Niederlagen in Serbien und Galizien machten der Euphorie der ersten Kriegswochen rasch ein Ende. Österreich-Ungarn mußte um seine Selbstbehauptung ringen, nicht nur gegenüber den feindlichen Alliierten, sondern in zunehmendem Maße auch gegenüber dem Deutschen Reich. Die von Anfang an gegebene Abhängigkeit in der Außenpolitik erstreckte sich bald auch auf den militärischen Bereich: Im September 1916 wurde auf deutsches Drängen hin die „Gemeinsame Oberste Kriegsleitung“ eingerichtet, womit der deutsche Kaiser das letzte Wort erhielt.

In die rüstungswirtschaftliche Abhängigkeit vom Deutschen Reich geriet Österreich-Ungarn mit der Einbeziehung in das sog. „Hindenburg-Programm“ ab November 1916. Letzteres strebte auch in Österreich die Errichtung zusätzlicher Rüstungsfabriken an, obwohl die 1916 bestehenden Kapazitäten zur Deckung des Bedarfs des k. u. k.-Heeres ausreichten. Die gesteckten Produktionsziele waren vielfach unrealistisch. Der Mangel an seltenen Metallen und anderen Rohstoffen sowie die fehlenden Transportkapazitäten begrenzten den Produktionsanstieg. Die ehrgeizigen Anstrengungen führten zur rapiden Erschöpfung von knappen Rohmaterialreserven und trugen zur Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung bei. Letztlich endete das „Hindenburg-Programm“ sowohl in Österreich als auch in Deutschland im Chaos.

In ein Satellitenverhältnis herabgedrückt wurde Österreich-Ungarn schließlich im Gefolge der sog. „Sixtus-Affäre“. Das Bündnis in der bisherigen Form war tot, aus der „Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung“ wurde im Mai 1918 die „Oberste Kriegsleitung.“ Kaiser Karl begab sich damit in volle Abhängigkeit gegenüber dem Deutschen Reich, die Vereinbarungen

von Spa und Berlin bildeten eine Art Kapitulation einer selbständigen Außen- und Militärpolitik. Zugleich erlosch damit jede Hoffnung auf weitere Friedensgespräche der Alliierten mit Österreich-Ungarn.

Eine der großen Stärken Rauchensteiners liegt in der Darlegung übergreifender Zusammenhänge zwischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen. An der Frage der Nahrungsmittelversorgung der österreichischen Bevölkerung wird dies besonders deutlich. Trotz frühzeitiger Bewirtschaftungsschritte wurde die Ernährungssituation in Österreich bereits im Herbst 1916 kritisch: Die Importe aus Rumänien sanken drastisch, die Kornkammer Galizien fiel aus, insgesamt war der Ertrag an Getreide in Cisleithanien 1916 gegenüber 1913 auf weniger als die Hälfte gefallen! Entscheidend aber war die kompromißlose Haltung der ungarischen Regierung in bezug auf die geforderten Nahrungsmittellieferungen: Die ungarischen Getreideexporte nach Cisleithanien erreichten trotz der verzweifelten Lage in weiten Teilen der österreichischen Reichshälfte 1916 nur noch rund drei Prozent des Vorkriegsvolumens. Die Getreidevorräte dienten der ungarischen Regierung als politisches Druckmittel in den Verhandlungen über einen neuen Ausgleich mit Österreich.

Die vom rein militärischen Standpunkt aus so erfolgreiche Offensive in Oberitalien im Herbst 1917 (Durchbruch bei Flitsch und Tolmein, Vorstoß bis an den Piave) erwies sich unter den Aspekten der Gesamtkriegsführung als Pyrrhussieg, als Offensive auf Kosten des Hinterlandes. Während ein Großteil der Eisenbahnwaggons der Monarchie dem Transport von Truppen und Kriegsmaterial diente, war in den Lagerhäusern der Städte kaum noch Kohle zu finden und konnte das Anlegen von Nahrungsmittelreserven für den Winter nicht bewerkstelligt werden. 300.000 italienische

Kriegsgefangene mußten zusätzlich versorgt werden. Der Hungerwinter 1917/18 in den österreichischen Städten zeichnete sich ab. Offensive und ausreichende Versorgung des Hinterlandes schlossen einander bereits aus! Und Ungarn war – schon aus innenpolitischen Gründen – weniger denn je zum Nachgeben bereit. Der ungarische Ernährungsminister erklärte: „Wenn Österreich nichts zu essen hat, soll es keinen Krieg führen“. (S. 526)

Auch der „Brotfrieden“ mit der Ukraine vom 9. Februar 1918 brachte nicht die erhoffte Verbesserung der Versorgungssituation. Der Aufmarsch für die letzte Offensive der Monarchie an der Piavefront im Frühjahr 1918 erfolgte erneut zwangsläufig zu Lasten des Hinterlands, wo zur gleichen Zeit die Versorgung bereits kollabierte. Die Unterversorgung hatte auch schon auf die Fronttruppen übergegriffen. Mit Recht bezeichneten die Alliierten den österreichisch-ungarischen Angriffsversuch als „Hungeroffensive“: Die k. u. k.-Truppen sollten im eroberten italienischen Hinterland ihre Versorgung mit Nahrungs- und Kriegsmitteln sicherstellen. Würden diese Ziele aber verfehlt, dann wäre der Krieg nicht mehr imstande, den Krieg zu nähren. Und so kam es dann auch; die Offensive mußte nach wenigen Tagen abgebrochen werden. „Am Vorabend der Piaveoffensive hatte Österreich noch 430 Waggons Getreide zur Verfügung gehabt. Ab dem 17. Juni war für Wien kein Mehl mehr vorhanden“. (S. 576) Anfang Juli 1918 war Österreich-Ungarn konkursreif.

Die materielle, gesellschaftliche und politische Lage der österreichischen Industriearbeiterschaft, die Sozialpolitik und die Entwicklung der Gewerkschaften in den Kriegsjahren werden von Rauchensteiner nur am Rande verfolgt. Wie in anderen kriegsführenden Staaten zwangen die wachsenden ökonomischen und sozialen Probleme die Staatsführung im Laufe des Krieges in immer stärkerem Maße,

entgegen ihren auf Unterdrückung gerichteten Plänen, die Kooperation mit den einflußreichen Arbeiterorganisationen zu suchen (2). Trotz der widrigen Umstände waren die freien Gewerkschaften zur Zusammenarbeit bereit. Die Verhältnisse während des Krieges ermöglichten somit die Einbindung der Arbeiterbewegung in den Staat und schufen auf diese Weise die Voraussetzungen für den zeitweiligen Übergang der politischen Macht auf die Sozialdemokraten in der Anfangsphase der Ersten Republik. Vier Phasen sind in dieser Entwicklung auszumachen:

Das bereits Ende 1912 beschlossene Kriegsleistungsgesetz stellte alle Männer unter 50 Jahren unter Arbeitszwang, unterwarf die Verpflichteten militärischer Disziplin, ordnete zahlreiche Betriebe der Militärverwaltung zu und beseitigte das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Strategie der Gewerkschaften in dieser Ausnahmesituation zu Beginn des Krieges war es, die Organisationen unbeschädigt zu erhalten und keinen Anlaß für noch schärfere Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden zu bieten.

Während der zweiten Phase 1915/16 suchten die Gewerkschaften mit Lohnbewegungen gegen die massiven Kaufkrafteinbußen der Arbeitereinkommen anzukämpfen. Bei den gegebenen Machtverhältnissen waren allerdings lediglich Teuerungszulagen zu den Vorkriegslöhnen zu erreichen, welche die Inflationsverluste der Reallöhne jeweils nur nachträglich und unvollständig abdeckten. Diese Mißerfolge schlugen sich in erheblichen Mitgliederverlusten bei den freien Gewerkschaften nieder.

Die Ermordung des autoritären Ministerpräsidenten Stürgkh im Oktober 1916 bildete einen Wendepunkt. Die folgenden Regierungen wichen von der repressiven Vorgangsweise ab und versuchten dem drohenden gesellschaftlichen Zerfall mit der Einbeziehung von Vertretern der Arbeiter-

schaft in die Entscheidungsprozesse zu begegnen. Im März 1917 wurden für alle militärischen Zwecken dienenden Betriebe mit weitreichenden Kompetenzen und Exekutivgewalt ausgestattete Beschwerdekommmissionen eingerichtet, die für ruhige Arbeitsverhältnisse sorgen sollten. Aufgrund der paritätischen Besetzung kam den Vertretern der Arbeiterschaft dort große Bedeutung zu. Nun konnten auf Druck dieser Beschwerdekommmissionen für viele Bereiche der Metallindustrie kollektivvertragsähnliche Abmachungen durchgesetzt werden. Die entschiedener Politik der Gewerkschaften brachte diesen einen starken Zulauf neuer Mitglieder. Die großen Streiks im Mai 1917, Jänner und Juni 1918, welche das Scheitern der staatlichen Bemühungen um erträgliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse widerspiegeln, taten dem Aufschwung der Gewerkschaft keinen Abbruch mehr.

Im Sommer 1918 begann mit dem fortschreitenden wirtschaftlichen Zusammenbruch die vierte und letzte Phase. Um den Arbeitern das Existenzminimum zu sichern, kehrten die Gewerkschaften zu direkten Auseinandersetzungen mit den Unternehmern zurück.

Im Herbst dieses Jahres übernahm schließlich ein von der sich auflösenden staatlichen Verwaltung abgekoppeltes, paritätisches Industriekomitee die Kontrolle über den Arbeitsmarkt bei Kriegsende. In dieser bereits in die Entstehungsphase der Ersten Republik hinüberreichenden Entwicklung kam die kurzfristige Machtverschiebung zugunsten der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen zum Ausdruck.

Rauchensteiner ist es zweifellos gelungen, ein Standardwerk über Österreich (nicht Österreich-Ungarn!) im Ersten Weltkrieg zu verfassen. Überdies ist das Buch flüssig, teilweise sogar spannend geschrieben, der Autor vermied jedes Pathos und auch – was ihm besonders anzurechnen ist – jegliche Nostalgie.

Michael Mesch

Anmerkungen

- (1) Vgl. die jüngere Aufsatzsammlung: Fischer, Fritz, Hitler war kein Betriebsunfall (München 1992).
- (2) Die folgende Darstellung basiert auf der Monographie: Grandner, Margarete, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft (Wien 1992).